

Die Bedeutung der Situation im südlichen Mittelmeerraum für die europäische Sicherheit

Als nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes begonnen wurde, die Welt unter neuen Vorzeichen zu analysieren, wurde dem südlichen Mittelmeerraum seitens europäischer Sicherheitspolitiker, Militärstrategen und Wissenschaftler verstärkte Aufmerksamkeit zuteil. Es setzte sich die – je nach berufsspezifischen Erfordernissen mehr oder weniger differenziert vorgebrachte – Einschätzung durch, daß Europa von einem "Krisenbogen" umfaßt sei, der von Osteuropa und Rußland über den Nahen Osten bis einschließlich Nordafrika reiche. Von "neuen Herausforderungen", "neuen Bedrohungen" und "neuen Risiken" transnationaler Art, die die Grenze zwischen äußerer und innerer Sicherheit aufheben, ist seither zu lesen.

Der südliche Mittelmeerraum, gebildet aus den arabisch-islamischen Staaten Nordafrikas und des arabischen Nahen Ostens, sowie Israel (in Analysen in der Regel erweitert um die Nichtmittelmeeranrainer Jordanien und die Golfstaaten als "direktes Hinterland" von besonderer Bedeutung wegen der Ölversorgung westlicher Staaten), gilt sowohl europäischen als auch US-amerikanischen Beobachtern in den neunziger Jahren als potentielle Krisenregion (Snyder 1996), die durch Instabilität gekennzeichnet ist. Demgegenüber wird Stabilität in dieser Region und insbesondere in den Golfstaaten für Europa als von "höchster Bedeutung" (Weidenfeld 1996: 1) erachtet. Die Forderung nach einer verstärkten Absicherung der NATO-Südflanke, die (u.a.) auch auf dem Treffen der NATO-Außenminister im portugiesischen Sintra am 29.5.1997 zur Sprache kam, ist eine Folge dieser Wahrnehmung von Spannungen und Konflikten mit transnationalen Auswirkungen im südlichen Mittelmeerraum, speziell in den Europa am nächsten gelegenen Staaten der nordafrikanischen Subregion. Während Militärs "mögliche Feindschaften" oder Konflikte zur Entwicklung von Vorbeugungsmaßnahmen militärischer oder institutionell-regulativer Art antizipieren (Mortimer 1994: 106), werden nichtmilitärische Bedrohungen besonders dann in der Öffentlichkeit hervorgehoben, wenn kostenverursachende politische oder sozioökonomische Maßnahmen umgesetzt werden sollen oder ein zukünftiges Engagement sichergestellt werden soll. Herausragendes Beispiel ist die EU-Mittelmeerpartnerschaft, für die mit Hinweis auf die "Gefahren für Europas Wohlstand" plädiert wird (Rhein 1996: 15).

Zu fragen bleibt, ob die vermeintlichen Bedrohungen und Risiken aus dem südlichen Mittelmeerraum interessenbedingte Überzeichnungen sind oder ob sie – gemessen an der Realität und den deduzierbaren Entwicklungstendenzen in den Staaten des südlichen Mittelmeerraumes – sogar unterschätzt werden.

1. Bedrohungen oder Risiken aus dem südlichen Mittelmeerraum? Eine europäische Wahrnehmung

Europäische Beobachter des südlichen Mittelmeerraumes sind sich seit Ende des Ost-West-Konfliktes weitgehend darin einig, daß eine direkte militärische Bedrohung Europas von Staaten dieser Region nicht zu befürchten sei (z.B. Aliboni 1992, 1996), wenngleich einzelne Analysen zur Proliferation von Massenvernichtungswaffen und der Verfügbarkeit von Trägersystemen für Mittelstreckenraketen, die von dem US-amerikanischen rogue-state-Konzept (Klare 1995) beeinflusst sind, Szenarien ausmalen (exemplarisch Kaltefleiter/Schuhmacher 1996), die eine direkte Bedrohung durch einzelne Staaten bzw. Staatsführungen der Region (Libyen, Irak, Syrien) und des Iran für Europa ausmalen. Nicht von konkreten Bedrohungen, sondern von Risiken, also nur zum Teil kalkulierbaren und erfaßbaren Folgen für die europäische Sicherheit,

sprechen dagegen Autoren wie Hanns Maull (1995), die nichtmilitärische Faktoren als wahrscheinlichere Gefahrenpotentiale in den Mittelpunkt stellen. In diesem Kontext wird den Folgen des demographischen Wachstums, der durch sie verstärkten sozialen, sozioökonomischen und ökologischen Degradation und der fehlenden wirtschaftlichen Entwicklung das Potential zugesprochen, auf nationaler und regionaler Ebene Spannungen zu erzeugen, die Instabilität in den Staaten der Region zu erhöhen und möglicherweise militärische Konflikte, zumindest jedoch Konflikte niedriger Intensität (wie z.B. durch transnational agierende terroristische Gruppen) auszulösen, deren Auswirkungen jedoch in erster Linie von regionaler Bedeutung seien (u.a. Janning 1994: 39; Joffé 1996). Ausnahmslos indirekte Rückwirkungen dieser regionalen Entwicklungen im südlichen Mittelmeerraum auf Europa werden erwartet (u.a. Assembly of WEU 1996). Als die vier wichtigsten indirekten Auswirkungen als Folge umfassender Degradation im südlichen Mittelmeerraum werden genannt:

(1.) die Migration nach Europa. Mit dem erwarteten Anstieg des Migrationsdruckes aus wirtschaftlichen und sozialen Beweggründen wird die Befürchtung verknüpft, die Konflikte der Staaten des südlichen Mittelmeerraumes würden nach Europa exportiert und es fände eine entsprechende Politisierung der bereits in Europa ansässigen Migranten aus dem Raum mit Folgen für den sozialen Frieden u.a. durch den Aufbau kultureller Spannungen statt (Aliboni 1996: 13f.; Mortimer 1994: 111). Die geographische Nähe (insbesondere zu den Maghrebstaaten) und die – wenngleich asymmetrischen – wirtschaftlichen Abhängigkeiten (Süd-Nord; Nord-Süd bzgl. der Erdöl-/Erdgasversorgung, die zu 40 % aus Nordafrika erfolgt) und das Vorhandensein von Migrantengemeinden überwiegend aus den Maghrebstaaten in Europa erhöhen die diesbezügliche Gefahrenperzeption.

(2.) die Aufrüstung einzelner Staaten und die Proliferation von Massenvernichtungswaffen (unabhängig vom Regime und der politisch-ideologischen Verortung der Staatsführungen). Das Problem der Proliferation von Massenvernichtungswaffen bzw. der Begrenzung ihrer Ausbreitung und Kontrolle (Atomwaffen auf der einen, chemische und biologische Waffen auf der anderen Seite) wird seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes akuter eingestuft, weil nicht nur die Blockkontrolle wegfällt, sondern die Zerfallsprozesse in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion potentielle neue Anbieter hervorbrachten und in den Staaten des südlichen Mittelmeerraumes die staatliche Nachfrage (aus Prestige Gründen, als Zeichen für staatliche Souveränität), aber auch als Verhandlungsmasse weiterbesteht, eine Nachfrage (insbesondere von biologischen und chemischen Waffen) seitens nichtstaatlicher Akteure nicht ausgeschlossen werden kann und wegen des nicht beigelegten Nahostkonfliktes und Israels Atompolitik sowie Israels Weigerung, dem Atomwaffensperrvertrag beizutreten, diese Nachfrage akut bleiben wird. Wenn auch Joachim Krause (1996) die Gefahren durch eine Proliferation von Massenvernichtungswaffen für Europa einerseits relativiert ("no possible 'rogue` nations in the regions adjacent to Europe have the means to build operational ballistic missiles with a range greater than 600 to 900 km"; Krause 1996: 9) und den Automatismus einiger Analysanten zurückweist, die von einer Raketenbedrohung "radikaler Staaten" in ein paar Jahren sprechen, so nennt er andererseits doch vier Entwicklungsszenarien, die "einzeln oder in Kombination" die Bedrohungssituation für Europa verändern könnten. Die Bedrohungssituation dürfte sich dann signifikant verändern,

- wenn politischer Wandel im südlichen Mittelmeerraum radikale Regime an die Macht brächte, die – wie im Falle Saudi-Arabiens wegen des dort zur Verfügung stehenden Waffenarsenals (Raketen mit Reichweiten bis Italien, auf den Balkan) – ein Bedrohungsfaktor werden könnten,

- wenn von Rußland ausgehend eine Proliferation auch nuklearer und chemischer Waffen erfolgen würde und dadurch Entwicklungszeiten für entsprechende Trägersysteme verkürzt werden könnten,

- wenn die internationalen Proliferationsabkommen und die internationale Kontrolle nicht greifen würden und

- wenn veränderte Machtverhältnisse kraft des entsprechenden Technologietransfers einträten (Krause 1996: 8-9).

(3.) der "Export" des Islamismus nach und die Agitation islamistischer (gewaltbereiter) Gruppen in Europa. Der Islamismus als derzeit (im Vergleich gesehen) mobilisierungskräftigste extremistische Ideologie in den Staaten des südlichen Mittelmeerraumes wird dann als indirekte Bedrohung für die Sicherheit Europas eingestuft, wenn er in gewaltsame innenpolitische Konflikte in der Region mündet (wie z.B. in Algerien) und die innenpolitische Stabilität eines Staates gefährdet. Damit kann eine Erhöhung des Migrationsdruckes einhergehen genauso wie als Folge von Migration wegen lokaler staatlicher Repression und Gegenmaßnahmen, die den Aktionsraum im Herkunftsland einschränken, ein Konfliktexport stattfinden kann.

(4.) der Terrorismus aus dem südlichen Mittelmeerraum. Eine terroristische Bedrohung aus dem Raum wird von den meisten Autoren nicht mit dem Besitz von Nuklearwaffen in Zusammenhang gebracht, sondern eher mit den einfacher handzuhabenden und zu beziehenden chemischen und biologischen Waffen (Krause 1996: 19). Die Bedrohung Europas durch terroristische Gruppen aus dem südlichen Mittelmeerraum wird Mitte/ Ende der neunziger Jahre (u.a. Joffé 1996) geringer eingeschätzt als in den achtziger Jahren. Es wird von einer nationalen und regionalen Begrenzung der terroristischen Aktionen im Herkunftsraum ausgegangen; allerdings wird unter Umständen eine Aktionsverlagerung und Strategieänderung, die gezielte Anschläge im Ausland beinhalten könnte, nicht ausgeschlossen. Joffé (1996) sieht in den kommenden Jahren den Terrorismus als Methode der Konfliktaustragung niedriger Intensität im südlichen Mittelmeerraum anwachsen (im Nahen Osten beeinflußt und in Abhängigkeit vom Verlauf des Friedensprozesses; in Nordafrika korreliert mit dem Machtkampf zwischen Islamisten und Staatsführungen).

Indirekt können durch diese Entwicklung im südlichen Mittelmeerraum europäische "Ziele" (Interessen) in der Region, nämlich die Wirtschafts- und Sicherheitskooperation, bedroht werden. Für die Versammlung der Westeuropäischen Union (Assembly of WEU 1996: 18/ Punkt 77) besteht eine Gefahr durch ansteigenden und sich ausweitenden Terrorismus ausschließlich für die Region Nahost bei einem definitiven Scheitern des Friedensprozesses. Die von den meisten Beobachtern erwarteten Krisen im südlichen Mittelmeerraum, die eventuell in einen bewaffneten zwischenstaatlichen Konfliktaustrag münden und regional eine Quelle für Instabilität mit spill-over-Effekten auf Europa sein könnten, werden in erster Linie wirtschaftlichen und erst in zweiter Linie politischen Faktoren zugesprochen (Larrabee/Thorson 1995; Mortimer 1994).

2. Eine Einschätzung der definierten Risiken aus dem südlichen Mittelmeerraum für die europäische Sicherheit

Eine zu stark prognostisch ausgerichtete Analyse von möglichen Bedrohungen und Risiken für Sicherheitsbelange eines Staates oder einer Region mündet in der Regel in vereinfachende und extrapolierende Aussagen, denen Vorstellungen harter Brüche in der innen- und außenpolitischen sowie der sozioökonomischen Entwicklung eines Staates zugrundeliegen, aus denen die Verhaltensmuster der jeweiligen Akteure abgeleitet werden. Zu kurz kommt dabei die Analyse der zu einem Zeitpunkt x erkennbaren und faktisch belegbaren Entwicklungstendenzen

eines Staates, die sich aus der Summe der Interaktion eines Systems mit seinen diversen Umwelten ergeben, und zu kurz kommt die Tatsache, daß der Außenorientierung und Außenbestimmtheit eines Staates bei der Systementwicklung eine nicht zu vernachlässigende Bedeutung zukommt, die auch Chancen eröffnen kann für einen Abbau von außenpolitischen Spannungsfaktoren und sowohl die wirtschafts- als auch sicherheitspolitische Kooperation beeinflußt. Unter diesem Gesichtspunkt sollen die oben definierten Risiken für die europäische Sicherheit aus dem südlichen Mittelmeerraum und speziell Nordafrikas ergänzt und akzentuiert werden. Den nordafrikanischen Staaten kommt hierbei Priorität zu, weil – wie auch die Mehrzahl der Analysen belegt – sicherheitsgefährdende Risiken für Europa mit wenigen Ausnahmen (z.B. die Risiken aus einer generellen Proliferation von Massenvernichtungswaffen; die Risiken einer neuerlichen Nutzung des Mittels terroristische Gewalt gegen einen ausländischen Staat bzw. seine Repräsentanten zur Beeinflussung außenpolitischen Verhaltens, die erneut wie in den siebziger und achtziger Jahren im Zusammenhang mit dem nicht beigelegten Nahostkonflikt ausbrechen könnten) mittelfristig als Folge von Entwicklungen in Nordafrika erwartet werden können.

Zur These der Instabilität

Sowohl in Nordafrika als auch im Nahen Osten drängte der in den achtziger und neunziger Jahren massiv auftretende Prozeß sozialer Mobilisierung, in dessen Folge nichtstaatliche Akteure sich zunehmend organisatorisch zusammenschlossen und Alternativkonzepte für die Staats- und Gesellschaftsorganisation vorschlugen (mehrheitlich islamistischer Orientierung, aber auch liberaler, demokratischer Tendenz), vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzierungs Krisen, von denen die Mehrzahl der Staaten der Region betroffen war, die Staatsführungen aus Gründen des Machterhalts zu Gegenmaßnahmen unterschiedlicher Intensität und Reichweite. Es kam (am ausgeprägtesten bislang in Marokko und Tunesien) zu Liberalisierungen und Privatisierungen im Wirtschaftssektor und nachgeordnet zu Zugeständnissen im Menschenrechtsbereich und bei den politischen Rechten (formale Ausweitung der Partizipation) bei gleichzeitiger Stärkung der Exekutive und des Sicherheitsapparates. Die politischen Eingriffe waren/sind jedoch rückführbarer Art, d.h. im Falle innenpolitischer Unruhen und bewaffneter Konflikte mit Systemopposition finden in der Regel erneut Einschränkungen der politischen Freiheiten und eine Reautoritarisierung des politischen Systems statt. Die Stabilität der Staatsspitze (und der weitgehend aus einem engen Kreis rekrutierten Regierungsmitglieder) ist indessen bemerkenswert: Anfälligkeiten für Putsch oder Staatsstreich zeigt derzeit kein nordafrikanischer Staat, die Militärs sind straff kontrolliert oder eng mit der Staatselite in materieller und ideeller Hinsicht verwoben. Ein genereller Rückzug auf militärische Belange ist seit einigen Jahren erkennbar. Zwar wird durch eine stabile Staatsführung noch keine politische und soziale Stabilität garantiert, sie trägt jedoch wesentlich dazu bei, daß selbst den durch wirtschaftliche und soziale Krisen und politische Systemopposition geschwächten Regimen (wie das Beispiel Algerien zeigt) kein Staatszusammenbruch und Staatszerfall droht. Die nordafrikanischen Staaten können mindestens als "teilstabil" gelten. Auf der einen Seite erleb(t)en sie zwar die Folgen der multiplen und komplexen Krisen seit den achtziger Jahren und des eingeschlagenen Wirtschaftskurses zur Gegensteuerung der Krisenbewältigung (Umsetzung der Restrukturierungsprogramme des IWF mit den soziale Konflikte generierenden Auflagen wie u.a. Subventionsabbau) als Regimeschwächung, auf der anderen Seite jedoch erwiesen sie sich soweit flexibel, daß ihre Strategien zum Erhalt bzw. zur Wiedergewinnung politischer Stabilität – u.a. durch das Aufgreifen der politischen, sozioökonomischen und zum Teil kulturellen Forderungen der Zivilgesellschaft (auch islamistischer Gruppen wie insbesondere in Ägypten), die Integration in die eigene politische Agenda sowie den Ausbau und den Einsatz des Sicherheitsapparates gegen die

Systemopposition – weitgehend erfolgreich waren. Dadurch wurde das Risiko landesweiter Massenproteste, organisierter Systemopposition mit Massenbasis, die in Umsturzsituationen münden könnte, kurz- und mittelfristig abgebaut. Die derzeit einflußmäßig wichtigste Systemopposition, diejenige der Islamisten, wurde entweder erfolgreich unterdrückt und versucht, ihr durch wirtschaftliche und soziale Maßnahmen (Tunesien) den Nährboden zu entziehen, oder sie wurde gezielt fraktioniert und unter strenger Kontrolle diejenigen Islamisten, die sich von Gewalt distanzieren, an der Regierung beteiligt (wie in Algerien seit Juni 1997). Langfristig ist insofern ein Restrisiko vorhanden, als zum einen gewaltbereite Systemopposition das Regime schwächen und ggf. Instabilität hervorrufen könnte und zum anderen die wirtschaftspolitischen Maßnahmen wegen des demographischen Wachstums selbst in Staaten mit sinkender Geburtenrate (wie insbesondere in Tunesien) auch bei günstigen Entwicklungstendenzen den Bedarf an Arbeitsplätzen z.B. nicht decken können und dadurch die gesellschaftliche Integration der jüngeren Generationen auch zukünftig hochgradig erschwert wird. Auswirkungen wären auf die Land-Stadt-Migration zu erwarten; die städtischen Zentren dürften sich noch stärker als bisher zu Konfliktballungsräumen entwickeln (Leveau 1996), auch weil sie Nährboden für extremistische Ideologien bieten.

Der Nahostkonflikt bzw. der nicht vollendete Friedensprozeß überlagert diese Problematik in den südöstlichen Mittelmeerländern, die sozialen und sozioökonomischen Entwicklungstendenzen ähneln sich jedoch besonders in den von Israel besetzten Gebieten und dem von der palästinensischen Autonomiebehörde verwalteten Gebiet. In den Golfstaaten wird die politische Systemopposition – islamistischer Orientierung – nicht in erster Linie durch soziale Degradation aktiviert, sondern überwiegend durch außenpolitische Konstellationen (Dominanz der USA in der Region; Haltung zum Nahostfriedensprozeß und Israel) gespeist. Obwohl die soziale und politische Entwicklung (auch ein eventueller Staatszerfall) im Nahen Osten auf regionale Auswirkungen beschränkt sein dürfte, stünde zu erwarten, daß sich staatlicher Zusammenbruch in erhöhtem Migrationsdruck auswirkt:

innenpolitische Konflikte münden stets in Bevölkerungsbewegungen aus dem südlichen Mittelmeerraum, wie das Beispiel Algerien (zwischen 1991 und 1995 Migration von 410.000 Personen) belegt.

Im Gegensatz zum Nahen Osten und Ägypten, in dem Instabilität eng an strategische und militärische Faktoren gekoppelt ist, sind in den Maghrebstaaten politische, wirtschaftliche und soziale Faktoren als Verursacher von Instabilität wahrscheinlicher (Faria/Vasconcelos 1996: 7). Ihnen sind zudem höhere Risiken für die europäische Sicherheit zuzuschreiben, womit den Maghrebstaaten auch eine eindeutig größere Bedeutung für die Sicherheit Europas zuzumessen ist.

Die Erdöl-/Erdgasversorgung aus Nordafrika und dem Nahen Osten wäre allerdings ungeachtet des an der Macht befindlichen Regimes gewährleistet, weil alternative Finanzquellen für diese Staaten nicht bestehen.

Zur Aufrüstung und der Proliferation von Massenvernichtungswaffen

Generell gilt, daß sowohl die nordafrikanischen als auch die nahöstlichen Staaten nicht abrüsten (was konventionelle Waffensysteme anbelangt), sich vielmehr zu "friedlichen Zwecken" um den Aufbau von Atomkraftwerken bemühen, so u.a. Algerien, Marokko und Tunesien, das bis 2010 Atomenergie produzieren will. Nuklearwaffen, biologische und chemische Waffen werden angestrebt, solange Israel nicht auf Atomwaffen verzichtet und/oder dem Atomwaffensperrvertrag beitrifft. Es ist deswegen zu erwarten, daß die Bemühungen zum Erwerb entsprechender Technologie anhalten werden; allerdings wird der Erwerb für einige Staaten (wie z.B. Algerien) durch die derzeitige Finanzlage und die prioritären wirtschaftlichen

Probleme zusätzlich erschwert. Im Vergleich zur Zeit des Kalten Krieges sind darüber hinaus mehr Staaten (insbesondere in Nordafrika, allerdings mit Ausnahme Libyens, das jedoch seine ablehnende Haltung begründete) bereit, sich internationalen Abkommen und Kontrollvereinbarungen anzuschließen, und ihre außenpolitischen Intentionen inklusive ihrer Haltung zu Atomwaffen bzw. Massenvernichtungswaffen allgemein klarzustellen (neben Tunesien und Marokko hat z.B. auch Algerien 1995 den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet). Die internationalen Abhängigkeiten und der gewünschte Ausbau kooperativer Beziehungen vor allem mit Europa bzw. der Europäischen Union sind maßgeblich an dieser dezidierten und transparenteren Haltung beteiligt.

Die Proliferation von konventionellen Waffen und Massenvernichtungswaffen ist für Libyen (und Algerien) prestige- und paritätsbedingt und steht in der Tradition der Blockfreienideologie. Die nordafrikanischen Staaten und vor allem die in der Arabischen Maghrebunion zusammengeschlossenen Staaten Algerien, Libyen, Marokko, Mauretanien und Tunesien, lassen zugleich seit Mitte/Ende der achtziger Jahre eine zunehmende Tendenz zur friedlichen regionalen Konfliktbeilegung erkennen (Faria/Vasconcelos 1996: 51), so daß in Abhängigkeit von dem Verhalten Israels und der Entwicklung des Nahostkonfliktes sowie dem Verhalten der USA und Europas bzw. der Staaten der Europäischen Union eine Reduzierung der Nachfrage nach Massenvernichtungswaffen auch wiederum nicht auszuschließen ist. Geringer sind die Chancen – hier ist Snyder (1996) zuzustimmen – hinsichtlich eines Abbaus konventioneller Waffensysteme. Dennoch wird der Prestigeaspekt und das Bedürfnis nach Demonstration der staatlichen Souveränität, die mit dem Besitz von Massenvernichtungswaffen verbunden wird, auch künftig eine große Rolle bei dem Wunsch nach Massenvernichtungswaffen (insbesondere auch Atomwaffen) spielen, sofern nicht alle Staaten (und insbesondere auch Israel) von ihrem Besitz ausgeschlossen sind bzw. auf den Besitz verzichten. Diese Entwicklung ist gegenwärtig unrealistisch. Der Beweggrund hinter dem Streben nach Massenvernichtungswaffen läßt jedoch eine politische Verhandlung des Problems grundsätzlich zu und birgt – bei sichergestellter staatlicher Kontrolle des Waffenarsenals und bei der derzeitigen politisch-ideologischen Orientierung der Staatsführungen – kein erhöhtes Bedrohungspotential aus der Region für die europäische Sicherheit.

Ein Risiko liegt im Besitz von Massenvernichtungswaffen, wenn nichtstaatliche Akteure extremistischer Orientierung oder extremistische Regime über solche Waffen verfügen würden oder an ein entsprechendes bereits vorhandenes Arsenal gelangen (wie Krause 1996 zurecht betont). Dies stellt – im Unterschied zum westlichen Teil des Mittelmeeres – für den Teilraum Naher Osten ein größeres Risiko dar für den Fall, daß der Friedensprozeß vollends scheitern sollte und extremistische Gruppen, die – wie die palästinensische Hamas – eine Zweistaatenregelung ablehnen, aufgrund der politischen Repression seitens Israels gegen Palästinenser, der demographischen Entwicklung und einer sich weiter verschärfenden sozioökonomischen (und ökologischen) Degradation in den besetzten Gebieten und in den unter palästinensischer Autonomieverwaltung stehenden Landesteilen ein breites Unterstützerpotential für den bewaffneten Kampf mobilisieren können.

Alleine aus dem vorhandenen Waffenbesitz und den daraus resultierenden Möglichkeiten kann unter diesen Vorzeichen (wie Lesser/Tellis 1996: XI hervorheben) von einem hohen Risiko im Nahen Osten gesprochen werden. Die außenpolitischen Interessen und Potentiale können zweifellos (vornehmlich im Nahen Osten) Süd-Süd-Risiken erhöhen (Snyder 1996; Assembly of WEU 1996: 21/Punkt 97), die Aufrüstung der Staaten in dieser Region begünstigen (zumal der russische Staat – vgl. ausführlich Kovalsky 1996 – im südlichen Mittelmeerraum gezielt in die Vermarktung von Rüstungsgütern einsteigen will) und die Bemühungen zum Erwerb des notwendigen technischen Know how für den Einsatz von Massenvernichtungswaffen vorantreiben. Während sich daraus ein regionaler Spannungsaufbau folgern läßt, muß dieser

nicht automatisch in einen intraregionalen Konflikt münden. Die Auslösung von Nord-Süd-Konflikten, also von interregionalen Konflikten, werden darüber hinaus weitgehend ausgeschlossen (Aliboni 1992: 165). Allerdings kann eine Gefährdung der Stabilität in der Region die genannten indirekten Rückwirkungen auf Europa haben.

In den Maghrebstaaten ist unter den gegenwärtigen Staatsführungen oder nachfolgenden Staatsführungen vergleichbarer politisch-ideologischer Orientierung kein Konfliktkurs oder ein Allianzverhalten wahrscheinlich, das regionale Spannungen erhöht (wie dies derzeit für das israelische außenpolitische Allianzverhalten gilt; Militärabkommen mit der Türkei 1997).

Zu den innerstaatlichen gewaltsamen Konflikten niedriger Intensität und zum Terrorismus Es ist von einer mittelfristig anwachsenden oder/und anhaltenden Bedeutung islamistischer Bewegungen auszugehen, deren extremistische politische Ideologie ein manichäistisches Weltbild und den Schritt zum Einsatz von Gewalt als Mittel des politischen Konfliktaustrages fördert. Von extremistischen Organisationen im südlichen Mittelmeerraum spalteten sich bereits Organisationsteile ab, die zur Gewaltstrategie griffen und gezielt Mitglieder und Unterstützer in den sozialen Krisengebieten der Städte rekrutieren. Dies würde bedeuten, daß angesichts der globalen Vision einiger Islamisten (Tibi 1996) eine direkte Konfrontation mit Repräsentanten Europas, der USA oder Allianzpartnern "des Westens" gesucht bzw. provoziert werden könnte oder bei spezifischen Anlässen u.a. auch das Mittel terroristische Gewalt zum Einsatz (gegen europäische Ziele im In- oder Ausland; wie z.B. 1995/96 in Frankreich durch algerische islamistische Gruppen) kommen kann, um

(a) konkrete politische Forderungen zu formulieren oder

(b) die Vision, d.. das politisch-ideologische Anliegen der Weltverbesserung, den Absolutheitsanspruch, in eine Region zu tragen, die günstige Voraussetzungen für eine Ausbreitung durch das Vorhandensein von arabisch-islamischen Gemeinschaften bietet, deren soziale Integration (insbesondere der jungen Generationen) nicht gewährleistet ist. Europa ist hierfür prädestiniert.

Soziale Degradation unter spezifischen Bevölkerungsgruppen bietet gute Voraussetzungen zur Verbreitung gewaltbefürwortender Ideologien. Die transnationalen Orientierungen islamistischer extremistischer Gruppen und Organisationen und die strukturellen Ausgangsbedingungen in Europa (Vorhandensein von Migrantengemeinden aus der Region) in Europa, um ideologisch untermauert Frustrationen in entsprechende Handlung zu kanalisieren, die auf einen Gegner/Feind gerichtet ist und im Namen eines Wahren und Guten stattfindet, wirken sich für die europäische innere Sicherheit risikoe erhöhend aus. Eine massive Repression in den Herkunftsländern und weitere Eindämmungen von Aktionsräumen vor Ort können solche Aktivitätsverlagerungen begünstigen. Die innergesellschaftlichen Spannungen und Konflikte – zumal in Zeiten mit ausgeprägten sozioökonomischen Problemen für breite Bevölkerungsschichten in den europäischen Staaten selbst – sind für die innere Sicherheit bedeutsam, weil sie wiederum "einheimischen" extremistischen Ideologien Ansatzpunkte liefern können und die u.a. auch als kulturelle (religiös-kulturellen) Konfliktlinien wahrgenommenen Differenzen emotionalisierend und konfliktverstärkend wirken können. In diesem Zusammenhang sollte verstärkt aus den Studien zur organisatorisch-strukturellen Dynamik terroristischer Gruppen geschöpft werden (exemplarisch Crenshaw 1985), aus denen das Risiko deduziert werden kann; die inneralgerische Entwicklung terroristischer Gruppen oder die – wengleich durch Gegenmaßnahmen geschwächten – international agierenden, Gewalt befürwortenden Islamisten unterschiedlichster Herkunft liefern hierzu ebenfalls Fakten (vgl. Details Faath/Mattes 1996). Es sollen stichwortartig die wichtigsten Entwicklungsmöglichkeiten und inhärenten Tendenzen genannt werden:

- (a) die Autonomisierung der Gewalt einsetzenden Gruppen von einer meist vorab bestehenden politischen (Führungs-)Organisation;
- (b) die Lösung der terroristischen Gruppen aus einem relativ klaren politisch-ideologischen Kontext und ihre zunehmende Einbettung in diffuse Gedankengebäude und Visionen, die zur Rechtfertigung der eingesetzten Gewalt dienen und den Gewaltwillen aufrechterhalten sollen ;
- (c) der individuelle Status-/Prestige- und Aktionsbedarf als Anreiz für den Eintritt in eine Gewalt propagierende Organisation.

Migrationsdruck

Migrationsdruck aus dem südlichen Mittelmeerraum (Niblock 1996) auf Europa wird – wie bereits in der Vergangenheit – hauptsächlich aus dem Maghreb zu erwarten sein, wobei wegen der Beschränkungen und Erschwernisse für eine legale Einreise die illegalen Einreisen (und damit verbundene Schlepper-/Schleuseraktivitäten) sich bei einer weiteren sozialen Degradation bzw. einem Ausbleiben positiver Effekte der wirtschaftspolitischen Reformmaßnahmen für die breite Masse der Bevölkerung und damit insbesondere die jungen Generationen steigern dürfte. Ökologisch bedingte Degradationen der Lebensumstände – das ökologische Bewußtsein sowie Gegenmaßnahmen stehen noch in den Anfängen – sind gegenwärtig bereits gravierend (z.B. Wasserknappheit), so daß sie zusammen mit den sozioökonomischen Faktoren (wie der Arbeitslosigkeit) die Ausreisebereitschaft erhöhen. Zwischenstaatliche Konflikte, ausgelöst durch Umweltfaktoren (z.B. Konflikte um den Zugang zu Wasser) sind zwar primär im Nahen Osten und zwischen Ägypten und Sudan von Bedeutung, bleiben jedoch regionalbegrenzt; durch die Wasserläufe bedingt, sind sie für die Maghrebstaaten nicht relevant.

Die maghrebischen Problemlagen tendieren dazu, Lösungen (a) auf individueller Ebene durch Migration (temporär oder auf Dauer angelegt) und (b) auf staatlicher Ebene durch engere Kooperation mit der Europäischen Union zu suchen. Die interregionale Kooperation bei transnationalen Problemen (z.B. ökologischer Art oder im Falle grenzüberschreitender Aktivitäten terroristischer Gruppen wie Mitte der neunziger Jahre) steht im Maghreb in den Anfängen. Multilaterale Ansätze (im nahöstlichen Raum ebenso wie zwischen den Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas) werden durch die Fragmentierung der Region (unterschiedliche politische Problemlagen) und die entsprechend abweichenden nationalstaatlichen Interessen sowie Diskrepanzen zwischen den politisch-ideologischen Orientierungen der Staatsführungen erschwert; verhindert werden sie vollends, wenn ein Staat einer Teilregion des südlichen Mittelmeerraumes eine islamistische Staatsführung hätte, die – stärker als die "konformistischen Fundamentalisten" (Tibi) Saudi-Arabiens (in den achtziger und Anfang der neunziger Jahre) – subversive Aktionen in den Nachbarländern und in der Gesamtregion den Aufbau und die Förderung islamistischer Bewegungen mit dem Ziel der Machtübernahme in anderen Staaten unterstützen würde.

Die Folgen von legaler und illegaler Migration auf die südeuropäischen Staaten, die selbst mit internen Entwicklungsproblemen zu kämpfen haben, aber auch die Folgen für das klassische Zielland Frankreich (und das neue Zielland Deutschland) sind problematisch, weil eine Integration kaum (mehr) möglich ist und es zu einem Abdriften in das kriminelle Milieu (u.a. zwecks Überlebensökonomie), eine Beeinflussung durch extremistisches Gedankengut und eine damit verbundene weitere Isolation von dem als Gegner wahrgenommenen europäischen Staat, gekoppelt an den Aufbau kultureller Spannungen zwischen den Migranten und der einheimischen Bevölkerungen (Aliboni 1996: 14), kommen kann. Entwicklungen dieser Art sind in allen europäischen Staaten bereits in Anfängen zu beobachten.

3. Entwicklungstendenzen im südlichen Mittelmeerraum Ende der neunziger Jahre – Nur Risiken oder auch Chancen für die europäische Sicherheit?

Die prioritären Problemlagen aus der Sicht der betroffenen Staaten des südlichen Mittelmeerraumes lassen Ende der neunziger Jahre eine deutliche regionale Unterscheidung zu, die die Heterogenität des Raumes unterstreicht und außen- wie innenpolitische Handlungsentscheidungen der Staaten sowie ihre Suche nach Allianz- und Kooperationspartnern und die Erwartungen in diese Partner illustriert.

Die arabischen Staaten des östlichen Mittelmeerraumes (inklusive der Golfstaaten) sind zum einen präokkupiert mit dem arabisch-israelischen Verhältnis, der außenpolitischen Allianz zwischen Israel und der Türkei, den Beziehungen zum Iran, zum anderen sind sie innenpolitisch belastet durch die politische Einflußnahme der USA in der Region.

Die US-Präsenz und die massive amerikanische Unterstützung einzelner Staaten (Israel; Saudi-Arabien, Emirate) wirken sich auf die Systemopposition aus (u.a. in Saudi-Arabien der Einsatz terroristischer Gewalt seitens islamistisch-orientierter Systemopposition 1996).

In den Maghrebstaaten, wo Europa die dominante Rolle als Handels- und Kooperationspartner spielt, werden sowohl im wirtschaftlichen als auch im sicherheitspolitischen Bereich enge Beziehungen als Mittel zur Beilegung innenpolitischer Krisen und zur zukünftigen Gewährleistung der inneren Sicherheit und Stabilität gesucht (Details Faath 1995; Faath/Mattes 1995). Eine gezielte Förderung von Entwicklungspolen im Maghreb böte sich als Initiative der Europäischen Union an und würde von maghrebischer Seite Unterstützung finden. Wenn die Analysen zutreffen – wovon aufgrund der bisherigen Beobachtungen der Entwicklungen ausgegangen werden kann –, die für Europa wachsende Risiken als Folgen wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Degradation in den Maghrebstaaten vorhersagen, dann sind Maßnahmen gefragt, die vorrangig der sozioökonomischen Entwicklung und ökologischen Umfeldverbesserungen in der Region zugute kommen, wodurch die Tendenzen zur ordnungspolitischen Konvergenz weiterentwickelt würden. Dies setzt u.a. auch die Verbesserung des Marktzuganges für Produkte aus der Region voraus – der ökonomische Partikularinteressen der südeuropäischen Staaten entgegenstehen. Demgegenüber ist das Engagement der südeuropäischen Staaten in europäischen Gremien zur Sensibilisierung für die Risiken aus Nordafrika (Migration) und ihr Plädoyer für politische, vor allem auch sicherheitspolitische Maßnahmen – wie die Einbindung der nordafrikanischen Staaten in Sicherheitsstrukturen – allerdings bemerkenswert. Die Beobachtung der außenpolitischen Haltungen und Handlungen der Maghrebstaaten (und einiger Teilnehmer aus dem südöstlichen Mittelmeerraum bei dem euromediterranen Ministertreffen in Malta im April 1997) spricht zwar dafür, auch die deutlich gewordene "ermutigende" Dialogbereitschaft (Tanner 1997) zu nutzen, um die Proliferation von Massenvernichtungswaffen und den Rüstungswillen zu beeinflussen; die Handlungen tragen jedoch bislang kaum oder nur selektiv und punktuell zur Minderung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Probleme bei, aus denen sicherheitspolitische Risiken für Europa erwachsen können.

Dominiert im Nahen Osten die Außenpolitik, so ist im Maghreb die Innenpolitik und die innere Sicherheit (zum einen Bekämpfung des Islamismus, Eindämmung des islamistischen Einflusses; zum anderen Ankurbelung der Wirtschaftsentwicklung und Umsetzung einer sozialverträglichen Wirtschaftspolitik zur Absicherung der politischen und der sozialen Stabilität) handlungsleitend und richten sich nach ihr die staatlichen Investitionen aus (Chater 1996; Faria 1994: 56/57). Die Maghrebstaaten streben danach – auch wenn es an konzertierten Aktionen noch mangelt –, der Region Maghreb größeres geostrategisches Gewicht zu verleihen (Faath/Mattes 1995a; Lesser 1993: 71ff.), um ihre Stellung gegenüber Europa zu festigen. Die gegenwärtig laufenden Bemühungen, die Ausgrenzung Libyens durch die UN-Sanktionspolitik

aufzuheben, um eine Normalisierung der außenpolitischen Beziehungen des Landes zu fördern, dienen in diesem Zusammenhang auch dem intraregionalen Ausgleich.

Das verteidigungspolitische Denken in militärischen Kategorien des Gleichgewichtes verlor zudem im Maghreb in den neunziger Jahren stetig an Bedeutung (Faria 1994); die innenpolitische Entwicklung in den einzelnen Maghrebstaaten (in Algerien besonders seit 1990/91 innenpolitischer Aufschwung der Islamisten und seit 1992 bewaffneter Konflikt) hat die regionale Kooperation im sicherheitspolitischen Bereich sogar gestärkt (seit 1996 bilaterale Vereinbarungen mit Libyen, Tunesien und Ägypten). Eine politische Kursänderung der Staatsführung eines Nachbarstaates, die nicht kompatibel ist mit der des eigenen Staates, kann allerdings eine Revitalisierung des Denkens in militärischen Kategorien (gekoppelt an eine Aufrüstung) nach sich ziehen. Unter den derzeitigen politischen Führungen im Maghreb bietet diese Region, aus deren innenpolitischer Entwicklung für die europäische Sicherheit am ehesten Risiken erwachsen und die in ihren Handlungsentscheidungen nicht direkt durch den Nahostkonflikt beeinflusst wird, die Chance, Stabilität zu sichern. Zugleich besteht für die europäischen Staaten die Möglichkeit, aktiv den artikulierten Kooperationswillen und -bedarf zu nutzen, um über die Intensivierung integrativer Strukturen innerstaatliches und zwischenstaatliches Gewaltpotential weiter zu verringern und soweit wie möglich durch Unterstützung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung (inklusive eines koordinierten Vorgehens gegen transnationale Umweltprobleme) das Ausmaß der Folgen für Europa aus dem (nicht zu unterbindenden) Migrationsdruck zu mindern. Die Kooperations- und Dialogbemühungen sollten allerdings europäisch koordiniert und darauf angelegt sein, Mißtrauen und ein Konfrontationsgefühl durch erhöhte Transparenz gerade auch im Hinblick auf Intentionen der Europäischen Union im sicherheits-/verteidigungspolitischen Bereich wie im Zusammenhang mit Eurofor, Euro-marfor, aber auch der Nato, abzubauen. Als in der Dimension nicht abschätzbare Risiko für die europäische Sicherheit aus dem nordafrikanischen Raum verbleiben – neben dem Migrationsdruck – die nichtstaatlichen terroristischen Akteure, deren eigenverantwortliche Handlungen gegen europäische Ziele in der Region oder gegen Ziele in Europa nicht auszuschließen sind.

Literatur

- Aliboni, Roberto 1992: La sécurité méditerranéenne: Le cadre d'ensemble, in: Dumas, Marie-Lucy (Hg.): Méditerranée occidentale. Sécurité et coopération, Paris: FEDN, S. 163-172
- ders. 1996: Südmediterrane Herausforderungen. Antworten der EU-Staaten sind gefragt, in: Internationale Politik, Bonn, 51. Jahr, Nr. 2, S. 9-14
- Aliboni, Roberto/Joffé, George/ Niblock, Tim (Hg.) 1996: Security Challenges in the Mediterranean Region, London: Frank Cass, 208 S.
- Assembly of Western European Union (Hg.) 1996: Security in the Mediterranean Region. Report submitted on behalf of the Political Committee (Forty-second session), Paris, Dokument 1543, 4.11.1996, 39 S.
- Chater, Khalifa 1996: Mediterranean Security: The Tunisian Viewpoint, in: Aliboni/Joffé/Niblock, S. 65-80
- Crenshaw, Martha 1985: An Organizational Approach to the Analysis of Political Terrorism, in: Orbis, Philadelphia (PA), Band 29, Nr. 3, S. 465-489

- Faath, Sigrid 1995: Chancen für eine konfliktfreie Region Maghreb? Anmerkungen zu Veränderungen außenpolitischer Standpunkte und Verhaltensweisen der Maghrebstaaten, in: Wuqûf 9, Hamburg, S. 9-40
- Faath, Sigrid/Mattes, Hanspeter 1995: Europa – Maghreb: Statt Krisenszenarios ordnungspolitische Konvergenz, in: Wuqûf-Kurzanalysen, Hamburg, Nr. 2, 24 S.
- dieselben 1995a: Der Maghreb als geostrategischer Raum, in: Wuqûf 9, Hamburg, S. 41-99
- dieselben 1996: Die arabischen Afghanen. Faktor interner Konflikte in Nordafrika/Nahost und des internationalen Terrorismus, in: Wuqûf-Kurzanalysen, Hamburg, Nr. 4, 53 S.
- Faria, Fernanda 1994: Politique de sécurité en Magreb, Lissabon: Instituto de Estudos Estratégicos e Internacionais, Nr. 1, 67 S.
- Faria, Fernanda/Vasconcelos, Alvaro 1996: Security in Northern Africa: Ambiguity and Reality, in: Chaillot Papers, Paris: Institute for Security Studies. Western European Union, Nr. 25, 51 S.
- Janning, Josef 1994: Europa und der Maghreb – Sieben Thesen, in: Souchon, Lennart/Potthoff, Martin (Hg.): Die sicherheitspolitische Lage im Mittelmeerraum, Berlin u.a.: Verlag E.S. Mittler, S. 33-41
- Joffé, George 1996: Low-level Violence and Terrorism, in: Aliboni/Joffé/Niblock, S. 139-160
- Kaltefleiter, Werner/Schuhmacher, Ulrike 1996: Europa braucht Abwehrsysteme gegen Raketen aus Nahost, in: Welt am Sonntag, Hamburg, 27.10.1996
- Klare, Michael 1995: Rogue States and Nuclear Outlaws, New York: Hill and Wang, 300 S.
- Kovalsky, Nicolai A. (Hg.) 1996: Russia: The Mediterranean and Black Sea Region, Moskau: Russian Academy of Sciences. Institute of Europe. Council for the Mediterranean and Black Sea, 268 S.
- Krause, Joachim 1996: The Proliferation of Weapons of Mass Destruction: the Risks for Europe, in: Chaillot Papers, Paris: Institute for Security Studies. Western European Union, Nr. 24, S. 5-21
- Larrabee, F. Stephen/Thorson, Carla 1995: Mediterranean Security. New Issues and Challenges. Conference Proceedings, Brussels, October 15-17, 1995, Santa Monica (CA): Rand, 48 S.
- Lesser, Ian O. 1993: Security in North Africa. International and External Challenges, Santa Monica (CA): Rand, 77 S.
- Lesser, Ian O./Tellis, Ashley J. 1996: Strategic Exposure. Proliferation around the Mediterranean, Santa Monica (CA): Rand, 107 S.
- Leveau, Rémy 1996: The Future of the Maghreb, in: Janning, Josef/Rumberg, Dirk (Hg.): Peace and Stability in the Middle East and North Africa, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, S. 93-110
- Mattes, Hanspeter 1996: Umwelt-, Migrations- und Drogenprobleme. Bedrohliche Entwicklungen im Mittelmeer-Raum, in: Internationale Politik, Bonn, 51. Jahr, Nr. 2, S. 3-8
- Mauß, Hanns W. 1995: Internationale Politik zwischen Integration und Zerfall, in: Kaiser, Karl/Mauß, Hanns W. (Hg.): Deutschlands neue Außenpolitik. Band II: Herausforderungen, München: R. Oldenbourg, S. 1-22
- Mortimer, Edward 1994: Europe and the Mediterranean: The Security Dimension, in: Ludlow, Peter (Hg.): Europe and the Mediterranean, London/New York: Brassey's, S. 105-126

- Niblock, Tim 1996: North-South Socio-Economic Relations in the Mediterranean, in: Aliboni/Joffé/Niblock, S. 115-129
- Rhein, Eberhard 1996: Mit Geduld und Ausdauer zum Erfolg. Die neue Mittelmeer-Politik der Europäischen Union, in: Internationale Politik, 51. Jahr, Nr. 2, S. 15-20
- Snyder, Jed C. 1996: Arms and Security in the Mediterranean Region, in: Aliboni/Joffé/Niblock, S. 161-185
- Tanner, Fred 1997: The Euro-Med Partnership: Prospects for Arms Limitations and Confidence Building after Malta, in: The International Spectator, Rom, Band XXXII, Nr. 2, S. 3-25
- Tibi, Bassam 1995: Die Revolte gegen den Westen in der neuen internationalen Umwelt: Das Beispiel der islamischen Zivilisation, in: Kaiser, Karl/Maull, Hanns W. (Hg.): Deutschlands neue Außenpolitik. Band II: Herausforderungen, München: R. Oldenbourg, S. 61-80
- Weidenfeld, Werner 1996: Editorial, in: Internationale Politik, Bonn, 51. Jahr, Nr. 2, S. 1-2